



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 4. Februar 2026

5817. 2025/112

**Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 19.03.2025:
Stärkung des spezifischen medizinischen und psychotherapeutischen Angebots für binäre und nicht-binäre trans Menschen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4423/2025): Ein niederschwelliger, schneller und qualitativ hochstehender Zugang zu medizinischer Versorgung sollte in Zürich eigentlich selbstverständlich sein. Binäre und nicht-binäre trans Personen haben spezifische medizinische Bedürfnisse, bspw. Hormontherapien, dermatologische Behandlungen oder Stimmtherapien. In der Stadt Zürich gibt es bereits spezifische Fachangebote wie den Checkpoint. Diese Angebote arbeiten sehr gut und professionell. Die Wartelisten für die Angebote sind jedoch lang und können bei Betroffenen einen Leidensdruck und psychische Belastungen auslösen. Gerade in einer Gesellschaft, die leider sehr transfeindlich ist, ist es wichtig, dass die Stadt Zürich trans Personen im medizinischen Bereich adäquat unterstützt, damit keine weitere Belastung hinzukommt. Da stehen wir in der Verantwortung. Die Stadt Zürich soll spezifische Angebote für binäre und nicht-binäre trans Personen stärken, auch im Stadtspital. Die Wartezeit für eine Behandlung soll auf eine akzeptable, mit anderen Angeboten vergleichbare Länge verkürzt werden. Es geht nicht darum, einer Personengruppe schneller Leistungen zu verschaffen, sondern darum, dass sie gleich schnell wie andere behandelt werden können. Mit diesem Postulat greifen wir ein wichtiges Anliegen der LGBTQ-Community auf und tragen dazu bei, dass die Stadt Zürich die Gleichstellung weiter stärken kann.

Murat Gediz (FDP) begründet den von Thomas Hofstetter (FDP) namens der FDP-Fraktion am 2. April 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Das Anliegen des Postulats ist nachvollziehbar. Wir teilen das Grundziel, dass alle Menschen einen guten und niederschweligen Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung haben sollen. Aus unserer Sicht ist das Postulat jedoch nicht der richtige Weg, da die geforderten Massnahmen in die Zuständigkeit des Kantons fallen. Die medizinische Grund- und Spezialversorgung, insbesondere im hoch spezialisierten Bereich, wird vom Kanton organisiert und finanziert. Die Stadt Zürich engagiert sich bereits in den Bereichen Prävention



und niederschwellige Beratungsangebote. Ein zusätzlicher Ausbau spezifischer medizinischer Angebote durch die Stadt würde zu Doppelspurigkeiten führen und die bewährte Aufgabenteilung von Kanton und Stadt unterlaufen. Daher lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Weyermann (Die Mitte): *Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) hat die Notwendigkeit dieses Angebots erwähnt. Ich darf daran erinnern, dass die Die Junge Mitte eine Volksinitiative zur besseren Versorgung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen eingereicht hat und damit sehr erfolgreich war. Wir wollen nicht, dass noch mehr Jugendliche leiden müssen. Hier können wir präventiv ansetzen, indem wir die medizinische Versorgung von binären und nicht-binären trans Menschen stärken. So stellen wir sicher, dass sie schnell Unterstützung erhalten und dem Leidensdruck, den sie ohnehin haben, nicht noch länger ausgesetzt sind. In diesem Sinne sind wir selbstverständlich dafür, dass junge Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.*

Michele Romagnolo (SVP): *Wir haben dieses Thema bereits gründlich behandelt. Das Postulat GR Nr. 2025/111 befasste sich mit dem Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für binäre und nicht-binäre trans Jugendliche. Nun liegt praktisch derselbe Antrag vor. Wieder geht es um diese Zielgruppe, wieder um Unterstützung und das Ganze wird noch um Hormontherapie, Stimmtherapie, dermatologische Behandlungen oder operative Eingriffe ergänzt. Da stellt sich für uns die Frage, weshalb ein Vorstoss, der inhaltlich bereits behandelt wurde, nochmals aufgelegt wird. Inhaltlich entsteht eine Doppelspurigkeit, politisch ist es aus unserer Sicht unnötig. Das schafft keinen Mehrwert, sondern vor allem zusätzliches Papier. Es wird nicht nur dieselbe Thematik diskutiert, sondern auch eine politische Forderung formuliert, die tiefgreifende medizinische und gesellschaftliche Entscheidungen betrifft. Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadt Zürich ist, Interventionen mit teilweise irreversiblen Folgen als regulären Bestandteil kommunaler Angebote auszubauen oder zu legitimieren; insbesondere dann, wenn keine akute medizinische Indikation besteht. Das Postulat überschreitet zudem die Zuständigkeiten der Stadt. Die Planung, Steuerung und Verantwortung für solche Behandlungen liegen beim Kanton und bei spezialisierten Fachinstitutionen. Eine kommunale Vorwärtsstrategie in diesem sensiblen Bereich würde Erwartungen schüren, die sachlich und strukturell nicht erfüllbar sind, und könnte komplexe ethische Fragestellungen einseitig politisch regulieren. Gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist besondere Zurückhaltung geboten. Statt einer Ausweitung medizinischer Eingriffe braucht es aus unserer Sicht eine verantwortungsvolle Politik, die Schutz, Sorgfalt und Langzeitfolgen ins Zentrum stellt. Aus diesen Gründen lehnen wir das Postulat als nicht zielführend ab.*

Attila Kipfer (SVP): *Wie wir bereits gehört haben, zielt dieser Vorstoss aus dem linken Lager darauf ab, das medizinische Angebot für trans Menschen auszubauen. Es wird argumentiert, dass das bestehende Angebot zu klein sei, dass es lange Wartezeiten gebe und dass dies das Wohlbefinden der Betroffenen stark beeinträchtige. Ich bin der Ansicht, dass die Stadt Zürich in erster Linie die medizinische Grundversorgung sicherstellen sollte. Das umfasst alle Behandlungen, die für Leib und Leben notwendig sind und*



bei denen man nicht auf einen Termin warten kann. Hormontherapien, Stimmtherapien oder weitere Eingriffe sind kosmetische Behandlungen, vergleichbar mit einer Brustvergrösserung bei einer Frau. Es handelt sich um Eingriffe, die auf ausdrücklichem Wunsch der Patientin oder des Patienten beruhen, medizinisch in diesem Sinn aber weder notwendig noch dringend sind. Ich halte es für den falschen Ansatz, solche Leistungen in der Stadt Zürich in die medizinische Grundversorgung aufzunehmen. Es gibt viele weitere Menschen, die sich kosmetische Eingriffe wünschen und ebenfalls Probleme mit sich selbst haben oder unglücklich sind. Diese Ansprüche müsste man konsequenterweise auch berücksichtigen. Jeder Mensch darf sich so fühlen, wie er will. Das sollte jedoch nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschehen. Wir würden uns lieber um die tatsächlichen Probleme der Stadt kümmern, bspw. die steigenden Ausgaben und Kosten.

Anna Graff (SP): *Es ist offensichtlich nötig, einige Dinge zu wiederholen. Das Postulat zum Ausbau des Beratungsangebots für binäre und nicht-binäre trans Jugendliche haben wir tatsächlich im Dezember 2025 überwiesen. Heute geht es aber um etwas anderes: Es geht nicht um ein Beratungsangebot für Jugendliche, sondern um das spezifische medizinische und psychotherapeutische Angebot für binäre und nicht-binäre trans Menschen. Das ist für viele Betroffene überlebensnotwendig. Dazu gehören verschiedene Gesundheitsangebote, unter anderem Hormontherapie, dermatologische Behandlungen, Stimmtherapie und operative Eingriffe. Wenn diese Angebote nicht verfügbar oder die Wartelisten so lang sind, dass sie für die Betroffenen unzumutbar werden, kann das zu einem massiven Leidensdruck führen. Psychische Belastungen wie Angststörungen, Depressionen oder im schlimmsten Fall eine Suizidalität können die Folge sein. Mit diesem Postulat wollen wir spezifische medizinische und psychotherapeutische Angebote für trans Personen stärken. Das betrifft sowohl bestehende Institutionen als auch Versorgungslücken. Wir möchten auch zeigen, dass die Stadt Zürich hinter ihrer trans Bevölkerung und dem Recht auf Gesundheit steht und es als politische Priorität ansieht. Wir wollen sicherstellen, dass dieses Recht in den städtischen Gesundheitsinstitutionen umgesetzt wird.*

Ronny Siev (GLP): *Bereits im Dezember 2025 haben wir den Ausbau des Beratungsgebots für binäre und nicht-binäre trans Menschen unterstützt. Folglich unterstützen wir auch eine Stärkung der psychotherapeutischen und medizinischen Angebote. Der Bedarf ist gross, die Wartelisten sind lang. Die GLP unterstützt das Postulat.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich möchte etwas offenlegen, um das Ganze transparent zu machen. Ich bin Leiter eines solchen Zentrums am Universitätsspital Basel. Gerade deshalb ist es für mich beschämend, wenn Menschen aus Zürich zu uns nach Basel kommen müssen. Stellen Sie sich das vor: Jemand aus dieser Stadt steigt in den Zug nach Basel, weil er oder sie hier monatelang auf einen Termin warten müsste. Umso froher bin ich über dieses Postulat. Der Unterschied zwischen Beratung und medizinischer Behandlung überfordert die SVP anscheinend. Wenn im Stadtsptal keine Operationen durchgeführt werden sollen, deren Folgen lebenslang nicht korrigierbar sind, können wir die gesamte Chirurgie Abteilung schliessen, Michele Romagnolo (SVP). Operationen*



4 / 4

*sind Interventionen mit lebenslangen Konsequenzen. Das gilt für Herzoperationen genauso wie für jede Blinddarmoperation. Deshalb informieren wir Patient*innen umfassend und sorgfältig. Attila Kipfer (SVP) spricht von einem falschen Ansatz. Ich finde es ehrlich gesagt falsch, wenn Parlamentarier über Themen sprechen, die sie offensichtlich nicht verstehen. Es ist völlig daneben, geschlechtsangleichende Operationen mit kosmetischen Eingriffen zu vergleichen. Als gäbe es nicht Unmengen an frei zugänglichen Informationen, wenn man das Thema wirklich verstehen wollte. Aber offenbar geht es darum, Stimmung gegen eine Bevölkerungsgruppe zu machen und gleichzeitig zu behaupten, die Stadt müsse diese Behandlungen finanzieren. Letzteres stimmt natürlich nicht. Diese Behandlungen werden von der Krankenkasse bezahlt, ob es dir passt oder nicht. Die FDP mit ihrem Hyperlegalismus verstehe ich nicht. Ihr hättet einen Textänderungsantrag stellen können, etwa dass der Stadtrat das Anliegen nicht direkt umsetzt, sondern das Gespräch mit RR Natalie Rickli als Gesundheitsdirektorin sucht. Ihr wisst aber genau, warum ihr das nicht getan habt. RR Natalie Rickli möchte diese Behandlungen im Kanton nicht ermöglichen, sondern verbieten. Es ist schlicht eine Zumutung, dass wir eine Gesundheitsdirektorin haben, die sich um einen Teil der Bevölkerung überhaupt nicht kümmert. Dass wir dieses Anliegen heute überweisen können, hängt auch damit zusammen, dass das Stadtspital Teil der städtischen Verwaltung ist. Meine Kolleginnen und Kollegen im Kantonsrat können Vergleichbares beim Universitätsspital nicht tun, weil dieses ausgelagert wurde. Das ist der Vorteil von Spitälern unter demokratischer Kontrolle.*

Das Postulat wird mit 80 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat